

Dr. PETER PRZYBYLSKI, Staatsanwalt beim Generalstaatsanwalt der DDR

Rauschgiftkriminalität und die Krise der imperialistischen Gesellschaft

Politiker und Experten imperialistischer Staaten bezeichnen die dort anhaltende Eskalation des Rauschgiftmißbrauchs als „Pest des 20. Jahrhunderts“ und als „Weltdelikt“. Der Konvergenzgedanke aber vermag die unbestechliche Tatsache nicht zu verdecken, daß der Rauschgifthandel bereits seit mehr als einem Jahrhundert Objekt kapitalistischer Profitwirtschaft ist. Die Geschichte dieser üblen Branche kapitalistischer Ökonomie reicht vom sog. Opiumkrieg 1840—1842, durch den die britische Regierung die ungehinderte Einfuhr von Opium nach China erzwang^{1/}, über die faktische Legalisierung der Drogensucht in der US-amerikanischen Aggressionsarmee in Vietnam bis hin zum Versuch der Nixon-Administration, die Rauschgiftkonkurrenten der amerikanischen Chemiekonzerne auszuschalten, die in Unmengen synthetische Drogen auf den in- und ausländischen Markt werfen. Tatsächlich gibt es gegenwärtig kaum einen wirtschaftlichen Bereich kapitalistischer Aktivität, dessen Profitrate den des Rauschgifthandels erreichen würde.

Dennoch sprechen verantwortliche Politiker der imperialistischen Staaten heute von der Drogensucht weiter Teile der Gesellschaft als von einem „nationalen Problem Nummer eins“.^{2/} In der regierungsamtlichen Begründung zu dem in der BRD kürzlich beschlossenen neuen Betäubungsmittelgesetz ist sogar davon die Rede, daß es darum gehe, „die Funktionsfähigkeit der Gesellschaft nicht gefährden zu lassen“.^{3/} Bedeutet dies etwa, daß die politischen Repräsentanten des Monopolkapitals sich plötzlich von humanitären Erwägungen leiten lassen, wenn sie mit den Erscheinungen des Rauschgifthandels und der damit verbundenen Drogensucht konfrontiert werden? Eine nähere Untersuchung dieses Problems soll zeigen, daß es sich hierbei um einen ebenso charakteristischen wie komplizierten Widerspruch der Untergangphase des kapitalistischen Systems handelt, der das Verbrechen geschehen und die Kriminalpolitik der imperialistischen Staaten nicht unwesentlich beeinflusst und ihnen als Grund bzw. als Vorwand für einschneidende Regulierungsmaßnahmen dient.

Rauschgifthandel — abscheuliches Instrument imperialistischer Politik

Hinter dem Bestreben kapitalistischer Apologeten, den Mißbrauch von Drogen, insbesondere von Rauschgiften, als weltweite Erscheinung auszugeben, steckt nichts anderes als der Versuch, die Krise der kapitalistischen Gesellschaft in eine Krise der „modernen Industriegesellschaft“ umzufälschen, zu der bekanntlich auch die meisten sozialistischen Staaten gerechnet werden. Tatsächlich entwickelten sich erst in der jüngsten Periode der allgemeinen Krise des kapitalistischen Systems die illegale Produktion und der illegale Handel von Rauschgiften zu einer bedeutenden Wirtschaftsbranche und einem beständigen Instrument imperialistischer Unterdrückungs- und Aggressionspolitik sowie zu einem Mittel der Manipulation. Diese Entwicklung zeugt sowohl von der zunehmenden Flucht imperialistischer

Regimes in kriminelle Herrschaftsmethoden als auch von der Ausweglosigkeit ihrer Politik. Treffend charakterisierte Erich Honecker diese Situation zu Beginn dieses Jahres mit den Worten: „Während die kapitalistische Welt von heute eine Zuspitzung der Widersprüche erlebt wie selten zuvor, während Krise, Existenzangst und soziale Not, ein beispielloser Anstieg von Kriminalität und Flucht in die Scheinwelt der Drogen für sie bezeichnend sind, erweist sich die sozialistische Gemeinschaft als der stabilste und dynamischste Bereich der Erde.“^{4/}

Tatsache ist, daß der in der kapitalistischen Welt ständig zunehmende Rauschgiftmißbrauch in den USA seinen Ausgang nahm. Auch das beweist, „daß die USA zum Kristallisationspunkt der Zuspitzung aller krisenhaften Erscheinungen des Imperialismus im internationalen Maßstab geworden sind.“^{5/} Besonders im Zusammenhang mit der USA-Aggression gegen Vietnam erreichten Rauschgifthandel und -mißbrauch eine bis dahin nicht dagewesene Konjunktur. Der legalisierte Rauschgiftmißbrauch durch die in Vietnam eingesetzten US-amerikanischen Truppen gehörte und gehört zur Methode einer ebenso rühm- und aussichtslosen wie verbrecherischen Kriegsführung. Selbst nach den frisierten Ermittlungsergebnissen der Kongreßabgeordneten Steele und Murphy waren von den in Vietnam verbliebenen 230 000 Söldnern mindestens 30 000 dem Heroin und anderen schweren Rauschgiften verfallen. Westliche Diplomaten in Saigon erklärten dagegen, daß sogar ein Drittel der USA-Armee in Vietnam süchtig sei.^{6/}

Der mit Wissen und Duldung der höchsten Militärs und des USA-Geheimdienstes verbreitete Drogenmißbrauch war vor allem dazu bestimmt, die moralischen und rechtlichen Skrupel der USA-Söldner abzubauen, um sie bestialischen Kriegs- und Menschlichkeitsverbrechen geneigter zu machen. So erfolgten vor allem im sog. Dreiländereck Burma/Laos/Thailand der Anbau von indischem Hanf (Cannabis) und sog. Opiummohn, aus denen Haschisch und Marihuana bzw. Heroin gewonnen werden, unter der unmittelbaren Kontrolle der amerikanischen Behörden. Ein BRD-Nachrichtenmagazin beschrieb diese makabre Szene so: „US-Militärs und Geheimdienstler der CIA kennen die gepflegten Hanf- und Mohnplantagen. Aber die Spezialisten für die Vernichtung von Reisfeldern in Vietnam unternehmen nichts gegen die Rauschgiftkulturen.“^{III}

Für die in Südostasien stationierte Armee- und Geheimdienstführung der USA war der Einsatz von Drogen keineswegs allein von militärischem Interesse. In dem Maße nämlich, wie süchtige Vietnamkrieger in ihr Land zurückkehrten und durch andere ersetzt wurden, wuchs auch der Bedarf an lebensbedrohenden Narkotika innerhalb der USA. Was also lag näher, als mit den amerikanischen Großimporteuren des Gifts zusammenzuarbeiten. Diese Kooperation verschaffte den Be-

^{1/1} Weltgeschichte, Berlin 1969, Bd. 6, S. 326.

^{12/} So beispielsweise der französische Innenminister Marellin. Vgl. Der Spiegel (Ausg. Westberlin) vom 6. September 1971.

^{13/} Deutscher Bundestag, Drucksache VI/1877, S. 5.

^{4/4} Honecker, „Der Sozialismus gewann an Stärke — der Frieden ist sicherer geworden“. Neues Deutschland (Ausg. B) vom 7. Januar 1972, S. 3.

^{5/5} Honecker, „Der VIII. Parteitag und unsere nächsten Aufgaben“, Neues Deutschland (Ausg. B) vom 11. März 1972, S. 3.

^{6/6} Frankfurter Allgemeine vom 7. August 1971.

^m Der Spiegel (Ausg. Westberlin) vom 17. Mai 1971.